

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Rheinberg**

Jürgen Madry (Vorsitzender)

Dahlienstr. 46
47495 Rheinberg
Tel. 02843-80879
Fax. 02843-80791
mail@madry.de

SPD Großer Markt 17 47495 Rheinberg

Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener
(SGB) Rheinberg e.V.
Hubert-Underberg-Allee 1
D-47495 Rheinberg

Rheinberg, den 12. August 2009

Ihre Fragen zur Kommunalwahl 2009

Sehr geehrte Frau Sarres-Schockemöhle,
sehr geehrter Herr Krispien,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31.07.2009 und das damit verbundene Interesse an der politischen Arbeit der SPD in Rheinberg. Allgemein sind Ihre und unsere Positionen und Meinungen in den vergangenen Jahren ausgetauscht worden. Sie kennen unseren Standpunkt, den wir hier gerne noch einmal mit der Beantwortung Ihrer Fragen darstellen möchten:

Zu Ihrer Frage 1: Würde Ihre Partei sich dafür einsetzen, den Abbau unter Rheinberger Gebiet sofort einzustellen bzw. wie lange sollte der Abbau unter Alpsray bzw. unter dem Annaberg betrieben werden?

Unsere Antwort: Die SPD Rheinberg hat sich immer gegen den Abbau unter dem Annaberg ausgesprochen. Siehe diverse Protokolle im Rat und im STEUA der Stadt Rheinberg. Die Situation unter Alpsray ist eine andere. Hier berücksichtigen wir die Tatsache, dass von Seiten des Bergwerks West der Abbau in wenigen Monaten ganz eingestellt werden soll.

Zu Ihrer Frage 2: Wann sollte der Altrhein saniert werden, wann müssten demgemäß die Planungen beginnen, welchen Anteil an den Sanierungskosten muss die RAG übernehmen?

Unsere Antwort: Zur Sanierung des Altrheines gibt es Planungen bei der LINEG. Dort sind die Fachleute, die den Zeitpunkt bestimmen können. Die Verschmutzung des Altrheins ist nicht ausschließlich auf Bergbautätigkeit zurückzuführen. Dort gibt es auch andere Verursacher. Den Anteil der Kosten für die RAG zu beurteilen, obliegt den zuständigen Behörden. Da möchte und kann sich die Politik nicht als Richter aufspielen.

Zu Ihrer Frage 3: Sollen die Kohlewaschwässer bzw. Grubenwässer auf Ewigkeit durch die Fossa geleitet werden, welche Alternativen könnten Sie sich vorstellen?

Unsere Antwort: Sicherlich sollten Grubenwässer nicht auf **Ewigkeit** durch die „Fossa Eugeniana“ geleitet werden, denn auch die „Fossa Eugeniana“ soll ja saniert werden. Hier werden Vorschläge von den Verantwortlichen vorgestellt werden, die dann die Politik zu

beurteilen hat. Bitte erwarten Sie nicht von der Politik, dass diese die Arbeit von Firmen oder Behörden übernehmen soll.

Zu Ihrer Frage 4: Die SPD vertritt auf Landes- wie Bundesebene die Meinung, es solle auf Dauer einen „Kohlesockel“ geben. Welche Meinung vertritt Ihre Partei dazu auf lokaler Ebene? Sollte der Kohlesockel durch BW West betrieben werden, ggf. auch durch weiteren Abbau unter Annaberg und bzw. oder Alpsray?

Unsere Antwort ist etwas länger: Die SPD spricht von einem Sockelbergbau. Da gibt es die Frage nach Versorgungssicherheit mit Energie für unseren Staat. Hier können wir darüber diskutieren, ob Atomstrom, Windenergie oder andere Quellen für uns sinnvoller sind. Nur es ändert zurzeit nichts an der Tatsache, dass wir eine Energieversorgung benötigen. In Deutschland haben wir da einen Energiemix.

Wir sehen aber die Frage auch unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung. Eine faire Globalisierung setzt fairen Wettbewerb voraus und kann nur so für alle Wohlstand und Beschäftigung bedeuten. Für alle heißt tatsächlich auch für alle Menschen auf unserem Globus. Die SPD im Kreis Wesel und somit auch die SPD Rheinberg haben eine Erklärung zum Grundsatzprogramm der SPD abgegeben:

Zur Einhaltung der Menschenrechte soll eine Schutzklausel weltweit vereinbart werden, die den Handel und die Produktion von und mit Produkten und Rohstoffen verbietet,

- **die auf unmenschliche Art und Weise hergestellt werden (gegen gravierende Menschenrechts- und Arbeitsschutzbestimmungen verstoßen)**
- **die von Kindern hergestellt oder gefördert werden: Kinder gehören in die Schule und müssen in aller Form gefördert und ausgebildet werden.**
- **an denen Blut klebt, das heißt, die eine hohe Sterblichkeitsrate durch die Produktion haben.**

Diese Produkte müssen einer Ächtung unterliegen.

Dazu zählen auch viele Bergwerke in fernen Ländern, über die manche „Liberale“ sich erfreuen, weil die Produktionskosten der Bergwerke in diesen Ländern ja viel günstiger sind als in Deutschland.

Nur wird dabei gerne vergessen, dass auch dort „Raubbau“ an der Natur geschieht, dass dort zum Beispiel in China weit über 8.000 tote Bergleute pro Jahr zu beklagen sind, oder dass in Kolumbien die Flöze im Bergwerk so klein sind, dass dort nur Kinder arbeiten können.

Angebot und Nachfrage regeln als Hauptfaktor den Preis. Und dazu tragen dann auch Kinderarbeit und tote Kumpels bei. Würden all diese Länder unter den technischen Sicherheitsvoraussetzungen und Menschenrechten wie in Deutschland arbeiten, wäre die Kohle aus diesen Ländern für den Deutschen Markt auch nicht mehr bezahlbar. Wir würden alle anderes diskutieren.

Daher steht auch die SPD Rheinberg zu einem Sockelbergbau. Die SPD Rheinberg steht zu den Vereinbarungen der CDU/CSU/SPD Koalition in Berlin mit der NRW-Landesregierung CDU/FDP zu den Bergbaufragen. Hier bitten wir Sie zu berücksichtigen, dass die örtliche CDU/FDP anderes fordert, als die in Regierungsverantwortung stehende CDU und FDP in Bund und Land handelt.

Ob das Bergwerk West zu einem Sockelbergwerk wird, entscheiden sicherlich die Eigentümer. Die Frage der Subvention ist im Koalitionsvertrag geregelt worden.

Zu Ihrer Frage 5. Das Erdbeben in Kamp-Lintfort trat mit ca. sechsfacher Schwinggeschwindigkeit gegenüber dem von der RAG prognostizierten Maximalwert von 5 mm/sec auf. Halten Sie vor diesem Hintergrund die RAG für den vom Bundesberggesetz §11 Abs.6 geforderten „zuverlässigen Bergwerksbetreiber“?

Unsere Antwort: Wir zweifeln nicht an der Kompetenz der zuständigen Aufsichtsbehörden. Wenn der Bergwerksbetreiber unzuverlässig wäre, würden sicherlich diese zuständigen Behörden ähnlich handeln, wie es in Norddeutschland beim Vattenfall Atomkraftwerk geschieht.


Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass wir Ihre Fragen aus unserer Sicht sachlich beantworten. Sicherlich wird es emotionale Menschen geben, die die Zuverlässigkeit des Bergwerkes anzweifeln.

Sie werden sicherlich anhand unserer Antworten eine Wahlempfehlung aus Ihrer Sicht geben. Bitte berücksichtigen Sie dabei aber auch, dass die örtlichen Stadträte sich überwiegend mit anderen Themen wie Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, wie Wohnen, Arbeit und Ausbildung, wie Kinderbetreuung, Schule und Bildung, wie ganz wichtig SOZIALES, wie Sport und Freizeit, wie Tourismus und Kultur beschäftigen müssen.

Die Verantwortung der Frauen und Männer im Rat der Stadt Rheinberg ist daher sehr umfangreich. Diese anderen Aufgaben und Leistungen sollten bei Ihrer Wahlentscheidung auch Berücksichtigung finden.

Die SPD Rheinberg hat dafür ein aussagefähiges Kommunalwahlprogramm erarbeitet, in dem „**Der Mensch im Mittelpunkt**“ steht. Diesem Schreiben fügen wir die Langversion unseres Kommunalwahlprogramms für 2009 bis 2014 bei.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Madry
SPD Ortsverein Rheinberg
OV Vorsitzender

Info: NRZ/WAZ – RP